

Compliance mit False Claims Acts (Gesetze über betrügerische Zahlungsanforderungen) im Rahmen der bundesstaatlichen und staatlichen Gesetze

Nummer der Richtlinie	BPM-04
Titel	Compliance mit False Claims Acts (Gesetze über betrügerische Zahlungsanforderungen) im Rahmen der bundesstaatlichen und staatlichen Gesetze
Implementierungsdatum	August 2007
Aktualisiert	April 2009, Januar 2015, Januar 2016, April 2017, November 2021, Oktober 2023, Dezember 2025

Richtlinienerklärung

Labcorp Holdings Inc. und seine Tochtergesellschaften (zusammenfassend als „Labcorp“ oder das „Unternehmen“ bezeichnet) befolgen alle relevanten bundes- und länderspezifischen Gesetze und Bestimmungen, einschließlich u. a. die Gesetze und Bestimmungen bezüglich der Praktiken für Kodierung und Abrechnung. Kein Mitarbeiter, Auftragnehmer, Zulieferer oder Vertreter ist befugt, einen Verstoß gegen eines dieser in dieser Richtlinie beschriebenen Gesetze zu verfügen, sich daran zu beteiligen, zu genehmigen oder zu erlauben.

Geltungsbereich der Richtlinie

Diese Richtlinie gilt für alle Mitarbeiter, Direktoren, Zeitarbeitskräfte, Auftragnehmer, Anbieter und Vertreter des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften. Diese Richtlinie gilt außerdem für Verweisquellen gemäß der Definition unten.

Zweck

Das Ziel dieser Richtlinie besteht zusammen mit dem *Labcorp-Verhaltens- und -Ethik-Kodex* und anderen Compliance-Dokumenten darin, das Bemühen des Unternehmens für korrekte Kodierungs- und Abrechnungspraktiken, die Einhaltung des bundesstaatlichen Civil False Claims Act und ähnlicher staatlicher und länderspezifischer Gesetze, welche die Übermittlung falscher oder betrügerischer Forderungen verbieten, und die Einhaltung der veröffentlichten Ergänzungen des staatlichen Medicaid-Plans zur Befolgung von Absatz 6032 (Employee Education About False Claims Recovery / Mitarbeiteraufklärung über die Wiedererlangung falscher Forderungen) des Deficit Reduction Act (Gesetzes zur Reduzierung des Defizits) von 2005 („DRA“) festzuschreiben.

Dieses Dokument wird elektronisch verwaltet. Überprüfen Sie vor der Verwendung alle Papierkopien mit der aktuellen elektronischen Version innerhalb von MCQS. Die Informationen in diesem Dokument enthalten urheberrechtlich geschützte Informationen der Labcorp Holdings Inc. und werden dem Empfänger vertraulich zur Verfügung gestellt. Weder dieses Dokument noch die darin enthaltenen Informationen werden (zum Teil oder vollständig) veröffentlicht, reproduziert, verbreitet, offengelegt, angepasst, verwendet (in jedem Fall, in jeglicher Form, auf jeglichem Weg) oder anderen Personen auf sonstige Weise verfügbar gemacht, ohne dass vorher die ausdrückliche schriftliche Genehmigung von Labcorp Holdings Inc. vorliegt.

Definitionen

1. **Deficit Reduction Act von 2005 („DRA“)** – Länderrechtliches Gesetz, das u. a. verlangt, dass die staatlichen Medicaid-Pläne dahingehend ergänzt werden, dass sie die Gesundheitsorganisationen dazu verpflichten, schriftliche Richtlinien zu etablieren, die Folgendes adressieren:
 - a. den bundesgesetzlichen Civil False Claims Act („FCA“);
 - b. die staatlichen Gesetze für zivil- oder strafrechtliche Sanktionen für falsche Forderungen und Aussagen;
 - c. die *Qui-Tam*-Informantenschutzmaßnahmen, die im Rahmen der länderrechtlichen und staatlichen Gesetze gewährt werden, sowie die Rolle dieser Gesetze bei der Vermeidung und Erkennung von Betrug, Verschwendung und Missbrauch;
 - d. die administrativen Rechtsbehelfe aus dem Program Fraud Civil Remedies Act (Gesetz für zivile Rechtsbehelfe bei Programmbetrug) und
 - e. die Richtlinien und Verfahren des Unternehmens für die Erkennung und Vermeidung von Betrug, Verschwendung und Missbrauch.
2. **Bundesstaatlicher Civil False Claims Act („FCA“)** – Bundesgesetz, das die wissentliche Formulierung einer falschen oder betrügerischen Zahlungs- oder Genehmigungsforderung bzw. die Veranlassung einer solchen Formulierung; die wissentliche Erstellung oder Nutzung eines Materials mit einer falschen Aufzeichnung oder Aussage bezüglich einer falschen oder betrügerischen Forderung bzw. die Veranlassung der Erstellung oder Nutzung eines solchen Materials; den gemeinschaftlichen Betrug der Regierung durch die Entgegennahme oder Bewilligung einer Zahlung für eine falsche oder betrügerische Forderung oder das wissentliche Vertuschen und unzulässige Vermeiden oder Reduzieren einer Verpflichtung zum Zahlen oder zum Übermitteln eines Geldbetrags oder eines Eigentums an die Regierung verbietet.
3. **Überblick** – Eine Übersicht über FCA und eine allgemeine Erläuterung der staatlichen Gesetze findet sich in Anhang A.

Verfahren

1. **Informationen über die Einhaltung von FCA und ähnlichen staatlichen Gesetzen**
 - a. **Mitarbeiter** – Das Unternehmen muss den Mitarbeitern von Labcorp Informationen bezüglich der Einhaltung von FCA, ähnlichen staatlichen Gesetzen und anderen Gesetzen über falsche Forderungen zur Verfügung stellen, indem allgemeine Informationen im *Labcorp-Verhaltens- und -Ethik-Kodex* sowie in Form von Zusammenfassungen dieser Gesetze als Anhänge dieser Richtlinie sowie auf der Seite der Compliance-Abteilung des Unternehmens, die sich in OneWorld befindet, bereitgestellt werden. Darüber hinaus sind Informationen über diese Gesetze von Vertretern der Compliance-Abteilung des Unternehmens oder von den Divisional Compliance Officers erhältlich.
 - b. **Auftragnehmer, Zulieferer und Vertreter** – Das Unternehmen muss allen Auftragnehmern, Zulieferern und Vertretern Informationen bezüglich der Einhaltung von FCA, ähnlichen staatlichen Gesetzen und anderen Gesetzen über falsche Forderungen zur Verfügung stellen, indem Zusammenfassungen dieser Gesetze als Anhänge dieser Richtlinie sowie auf der Zuliefererkommunikationsseite der Internetseite von Labcorp unter www.Labcorp.com/Contractors bereitgestellt werden. Darüber hinaus sind Informationen über diese Gesetze von Vertretern der Compliance-Abteilung des Unternehmens erhältlich.
2. **Melden mutmaßlicher Verstöße gegen FCA und ähnliche staatliche Gesetze**

Alle Mitarbeiter, Auftragnehmer, Zulieferer oder Vertreter, die wissen oder nach bestem Wissen glauben, dass das Unternehmen, einschließlich aller Mitarbeiter, Auftragnehmer, Zulieferer oder Vertreter, an jeglicher Aktivität beteiligt sein könnte, die im Rahmen von FCA, ähnlichen staatlichen Gesetzen oder im Rahmen anderer Gesetze für Betrug und Missbrauch verboten ist, müssen diese Annahme unverzüglich unter Anwendung der etablierten Compliance-Meldevorgang des Unternehmens melden. Das Unternehmen

verfügt über ein System, das seine Mitarbeiter, Auftragnehmer, Zulieferer und Vertreter zum Melden mutmaßlicher oder bekannter Verstöße gegen Richtlinien des Unternehmens und/oder gesetzwidrigen Verhaltens nutzen können.

Das Berichtssystem von Labcorp wird als Aktionsleitung bezeichnet und kann von allen Mitarbeitern und externen Parteien verwendet werden. Die Aktionsleitung steht 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche zur Verfügung.

Es gibt drei Methoden, Anliegen über die Aktionsleitung zu melden:

1. Online-Meldung über labcorp.ethicspoint.com. Es sind Optionen zum Anzeigen des Meldeformulars in der von Ihnen bevorzugten Sprache verfügbar.
2. Anrufe beim Labcorp-Callcenter der Aktionsleitung:
 - a. Wenn Sie in den USA oder Kanada ansässig sind, wählen Sie 844 625 0967.
 - b. Wenn Sie sich außerhalb der USA oder Kanadas befinden, wählen Sie die landesspezifische, gebührenfreie Nummer, die Sie auf labcorp.ethicspoint.com finden.
3. Meldung über Ihr Mobilgerät über den Labcorp QR-Code und den mobilen Link auf



labcorpmobile.ethicspoint.com

Alle über das Labcorp-Callcenter der Aktionsleitung oder das Online-Portal übermittelten Meldungen werden vertraulich behandelt. Meldende Personen oder Entitäten können entscheiden, anonym zu bleiben, und müssen ihre Identität, ihre Kontaktinformationen oder ihren Standort nicht offenlegen.

Das Unternehmen ermutigt die Mitarbeiter auch, das **Vier-Schritte-Kommunikationsprogramm zur Meldung und Lösung von Compliance-Problemen** zu befolgen. Dieses Programm enthält die folgenden Richtlinien, um Bedenken hinsichtlich eines potenziellen Compliance-Problems zu äußern:

- a. Sprechen Sie mit Ihrem Manager oder Vorgesetzten.
 - b. Sprechen Sie mit Ihrer Abteilungsleitung.
 - c. Besprechen Sie die Angelegenheit mit Ihrem Compliance Office oder Ansprechpartner, Ihrem lokalen Vertreter der Personalabteilung und/oder Ihrem allgemeinen Vorgesetzten oder Segment Senior Officer.
 - d. Kontaktieren Sie die Personalabteilung, die Compliance-Abteilung des Unternehmens oder die Rechtsabteilung.
3. **Überwachung der Einhaltung von FCA und ähnlichen staatlichen Gesetzen**

Das Unternehmen muss über interne Systeme und Kontrollmechanismen zum regelmäßigen Überwachen seiner Abrechnungspraktiken verfügen, um die Einhaltung von FCA und ähnlichen bundes- und länderrechtlichen Gesetzen zu gewährleisten.

Prüfung, Genehmigung und Unterstützung durch die Compliance-Abteilung des Unternehmens

Jegliche Ausnahme, Änderung oder Abweichung bezüglich dieser Richtlinie muss von der Compliance-Abteilung des Unternehmens geprüft und genehmigt werden. Die Compliance-Abteilung und die Rechtsabteilung stehen den MitarbeiterInnen bei Fragen zu dieser Richtlinie mit Rat und Tat zur Seite. Fragen bezüglich spezifischer Bedingungen, Situationen oder Probleme können zwecks Unterstützung und Beratung an die Compliance-Abteilung des Unternehmens oder an die Rechtsabteilung gerichtet werden.

VOM COMPLIANCE COMMITTEE DES UNTERNEHMENS GENEHMIGT: Sitzungsprotokoll vom Dezember 2025

Revisionsverlauf

Revisionstyp (geringfügig/wesentlich)	Zweck/Änderung	Verantwortlicher/Titel der Richtlinie	Datum
Geringfügig	Die aktualisierten Informationen umfassten Zustände mit Qui-Tam-Bestimmungen und Zustände mit einer Form von Falschmeldungs-gesetzen, jedoch ohne Qui-Tam-Bestimmung.	Compliance des Unternehmens	März 2010
Geringfügig	Aktualisiert für Überarbeitungen der FCA auf Bundesebene und um Vergleichstabelle des State False Claims Act aufzunehmen.	Compliance des Unternehmens	November 2010
Geringfügig	Jährliche Überprüfung der US-amerikanischen False Claim Acts	Compliance des Unternehmens	November 2011
Geringfügig	Jährliche Überprüfung der US-amerikanischen False Claim Acts	Compliance des Unternehmens	Januar 2013
Geringfügig	Jährliche Überprüfung der US-amerikanischen False Claim Acts	Compliance des Unternehmens	Januar 2015
Geringfügig	Jährliche Überprüfung der US-amerikanischen False Claim Acts	Compliance des Unternehmens	Februar 2017
Geringfügig	Jährliche Überprüfung der US-amerikanischen False Claim Acts	John Siracusa/VP, Compliance	Mai 2021
Geringfügig	Aktualisierter Verweis auf die Strafbeträge des Federal Program Fraud Civil Remedies Act und Hinzufügung spezifischer Informationen zur Vergleichstabelle, die nur für New Jersey gilt	John Siracusa/VP, Compliance	November 2021
Geringfügig	Aktualisierter Verweis auf die Strafbeträge des Federal Program Fraud Civil Remedies Act und Hinzufügung spezifischer Informationen zur Vergleichstabelle, die nur für New Jersey gilt	John Siracusa/VP, Compliance	Oktober 2023
Geringfügig	Halbjährliche Überprüfung/keine Änderungen erforderlich	John Siracusa/VP, Compliance	November 2025

Anhang A

False Claims Act und Aussage-Übersicht

1. Federal Civil False Claims Act

Der Federal Civil False Claims Act, 31 U.S.C. § 3729, *et seq.* („FCA“) wurde ursprünglich im Jahr 1863 in den Vereinigten Staaten erlassen, nachdem durch eine Reihe von Kongressuntersuchungen mehrere Betrugsfälle bei den Verteidigungsauftragnehmern während des Bürgerkrieges enthüllt wurden. Der aktuelle FCA passierte 1982 den Kongress und wurde 1986 ergänzt. Der FCA enthält Regelungen, die zum Verbessern der Fähigkeit der Regierung zum Identifizieren und Wiedererlangen von durch Betrugsfälle erlittenen Verlusten konzipiert wurden. Seit der FCA erlassen wurde, hat die Regierung Milliarden von US-Dollars durch Prozesse oder Vergleiche bezüglich Beschuldigungen, dass Unternehmen oder Einzelpersonen gegen das Gesetz verstoßen und dadurch auf unzulässige Weise Mittel aus dem bundesstaatlichen Gesundheitsprogramm erhalten haben, wiedererlangt. Der Kongress und die Regierung sind der Auffassung, dass der FCA ein sehr effektives Mittel zum Erkennen von Betrug, indem Einzelpersonen, die häufig als „Qui-Tam-Informanten“ oder „Informanten“ bezeichnet werden, Betrugsfälle aufdecken und melden, und zum Vermeiden von Betrug, indem starke Anreize für Unternehmen und Einzelpersonen geschaffen werden, in ihrem Bemühen für Compliance wachsam zu sein und eine Haftung für vielfältige Schäden und Sanktionen im Gesetzesrahmen zu vermeiden, darstellt.

a. FCA-Verbote

Der Federal Civil False Claims Act verbietet allen Einzelpersonen und Unternehmen die wissentlich falsche oder betrügerische Formulierung von Forderungen bezüglich Mitteln der US-Regierung oder die Veranlassung der Formulierung solcher Forderungen, die Erstellung eines Materials mit einer falschen Aufzeichnung oder Aussage bezüglich einer solchen Forderung, den gemeinschaftlichen Verstoß gegen den FCA oder das wissentliche Vertuschen oder wissentliche und unzulässige Vermeiden oder Reduzieren einer Verpflichtung zum Zahlen oder zum Übermitteln eines Geldbetrags oder eines Eigentums an die Regierung. Im Rahmen des Gesetzes bedeuten die Begriffe, dass eine Person etwas „bewusst“ und „wissentlich“ tut, Folgendes:

- i. hat tatsächlich Kenntnis der Information;
- ii. handelt unter bewusster Vernachlässigung der Wahrheit oder Falschheit der Information oder
- iii. handelt in fahrlässiger Missachtung der Wahrheit oder Falschheit der Information. Deshalb ist kein spezifischer Betrugsversuch für einen Gesetzesverstoß erforderlich. Beispiele für die im Rahmen des FCA verbotenen Aktivitätsarten umfassen die Berechnung von Dienstleistungen, die nicht tatsächlich erbracht wurden sowie die Aufwertung (die Praxis des Berechnens einer höher erstatteten Dienstleistung oder eines höher erstatteten Produkts anstelle der tatsächlich bereitgestellten Dienstleistung bzw. des tatsächlich bereitgestellten Produkts).

b. Strafen

Zivilrechtliche Sanktionen können in Übereinstimmung mit dem Federal Program Fraud Civil Remedies Act (Bundesprogramm für zivilrechtliche Sanktionen bei Betrug), 31 U.S.C. § 3801 - 3812, verhängt werden. Einzelpersonen oder Unternehmen, die nachweislich gegen das Gesetz verstoßen haben, haften im Rahmen einer Zivilstrafe pro Anspruch mit mindestens 13.508 USD und höchstens 27.018 USD zuzüglich des bis zu Dreifachen der Summe des Schadens, welcher der Bundesregierung entstanden ist. Die Höhe der Strafe kann gemäß der Tabelle in 28 CFR 85.5 an die Inflation angepasst werden.

c. ***Qui-Tam-* und *Qui-Tam*-Informant-Schutzbestimmungen**

Der FCA ermächtigt den Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, Klagen wegen falscher oder betrügerischer Forderungen einzureichen, die von Einzelpersonen oder Unternehmen formuliert wurden, die Geschäfte mit den Vereinigten Staaten machen oder von diesen Erstattungen erhalten. Das Gesetz ermächtigt außerdem Privatpersonen, Klage im Namen der Vereinigten Staaten wegen mutmaßlicher Gesetzesverstöße einzureichen. Eine im Rahmen des FCA von einer Privatperson eingereichte Klage ist als *Qui-Tam*-Klage bekannt und beginnt durch die Einreichung einer versiegelten Zivilklage bei einem Bundesgericht und die Bereitstellung der Offenlegung eines Sachbeweises gegenüber dem Generalstaatsanwalt. Die Regierung hat sechs Tage Zeit, um die Behauptungen in der Klage zu untersuchen und zu entscheiden, ob sie sich an der Klage beteiligt. In einem solchen Fall wird die Klage entsiegelt, und das Justizministerium oder das Büro eines Generalstaatsanwalts der Vereinigten Staaten übernimmt die führende Rolle bei der Verfolgung der Ansprüche. Wenn die Regierung sich dafür entscheidet, sich nicht zu beteiligen, können *Qui-Tam* - Informanten die Klage alleine verfolgen, aber die Regierung kann sich immer noch zu einem späteren Zeitpunkt daran beteiligen, wenn sich gute Gründe dafür ergeben. Als Anreiz für die Offenlegung dieser Fälle regelt das Gesetz, dass *Qui-Tam*-Informanten, die eine *Qui-Tam*-Klage einreichen, eine Belohnung von 15–30 % der für die Regierung wiedererlangten Beträge zuzüglich Anwaltsgebühren und -kosten erhalten können. Diese Belohnung kann reduziert werden, wenn das Gericht beispielsweise herausfindet, dass die *Qui-Tam*-Informanten den Verstoß geplant und veranlasst haben. Der FCA besagt zudem, dass mutmaßliche *Qui-Tam*-Informanten, die klar ungerechtfertigte *Qui-Tam*-Klagen verfolgen, einem Beklagten gegenüber für dessen Anwaltsgebühren und -kosten haftbar gemacht werden können. *Qui-Tam*-Informanten werden auch gewisse Schutzmaßnahmen gegen Vergeltungsmaßnahmen aufgrund einer Handlung unter dem Gesetz oder für den Versuch, einen Verstoß gegen den FCA zu stoppen, angeboten. Mitarbeiter, Auftragnehmer oder Vertreter, die als Folge einer solchen Klage oder sonstiger Bemühungen zum Stoppen eines Verstoßes gegen FCA entlassen, degradiert, belästigt oder anderweitig Diskriminierung ausgesetzt sind, haben Anspruch auf jegliche erforderliche Unterstützung, um den Mitarbeiter, Auftragnehmer oder Vertreter schadlos zu halten. Eine solche Unterstützung kann die Wiedereinstellung, eine doppelte Lohnnachzahlung und eine Entschädigung für alle besonderen Schäden, einschließlich Prozesskosten und angemessener Anwaltsgebühren, umfassen.

d. **Staatliche False Claims Acts**

Viele Staaten haben ähnliche Gesetze wie den Federal FCA erlassen, die einen zivilen Rechtsbehelf für die Formulierung falscher und betrügerischer Forderungen gegenüber staatlichen Gesundheitsprogrammen, darunter Medicaid, bieten. Wie beim Federal FCA umfassen mehrere dieser Gesetze Regelungen für *Qui-Tam*-Informanten, welche die Vollstreckung über *Qui-Tam*-Klagen ermöglichen und die *Qui-Tam*-Informanten vor Vergeltung schützen.

Mehrere Staaten verhängen außerdem strafrechtliche Sanktionen für die Formulierung falscher Forderungen gegenüber einem staatlichen Gesundheitsprogramm. Ohio, Michigan und Louisiana besitzen beispielsweise Gesetze, die strafrechtliche Sanktionen für die Formulierung falscher Forderungen gegenüber dem staatlichen Medicaid-Programm verhängen.

Der Deficit Reduction Act (Gesetz zur Reduzierung des Defizits) von 2005 („DRA“) bietet einen finanziellen Anreiz für die Staaten, um Gesetze für falsche Forderungen zu erlassen, in denen speziell das Medicaid-Programm adressiert wird. Wenn festgestellt wird, dass ein staatlicher False Claim Act bestimmte Anforderungen erfüllt, die vom US-Gesundheitsministerium (United States Department of Health and Human Services), Office of the Inspector General („OIG“), festgelegt wurden, ist der Staat berechtigt, seinen Anteil an jeglichen im Rahmen einer staatlichen Klage wegen einer falschen Forderung wiedererlangten Summen zu erhöhen. Damit sich ein Staat für die zusätzliche Wiedererlangung qualifiziert, muss er über ein geltendes Gesetz verfügen, das die spezifischen Anforderungen des DRA erfüllt. Die spezifischen staatlichen Gesetze, die vom OIG geprüft wurden, finden sich im Internet unter:

<https://oig.hhs.gov/fraud/state-false-claims-act-reviews/index.asp>.

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZÄHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDES- UND LANDESRECHTLICHEN GESETZE

Im angehängten Diagramm sind staatliche FCA-Gesetze aufgeführt, gleich ob sie *Qui-Tam*-Regelungen enthalten, ob das OIG zu dem Schluss gekommen ist, dass das Gesetz mit dem DRA im Einklang steht, und ob es wichtige Unterschiede zwischen den staatlichen Gesetzen und dem Federal FCA gibt.

Dieser Anhang wird regelmäßig aktualisiert. Bezüglich weiterer Informationen kontaktieren Sie bitte die Compliance-Abteilung des Unternehmens unter 336-436-4026.

Aktualisiert im März 2010

- Die aktualisierten Informationen umfassen Staaten mit *Qui-Tam*-Regelungen und Staaten mit einer Art von False Claims Act aber ohne *Qui-Tam*-Regelung.

Aktualisiert im November 2010

- Aktualisierung von Überarbeitungen des Federal FCA und Einbeziehung des Vergleichsdiagramms für False Claims Act.

Aktualisiert im November 2011

- Jährliche Überprüfung der staatlichen False Claim Acts

Aktualisiert im Januar 2013

- Jährliche Überprüfung der staatlichen False Claim Acts

Aktualisiert im Januar 2015

- Jährliche Überprüfung der staatlichen False Claim Acts

Aktualisiert im Februar 2017

- Jährliche Überprüfung der staatlichen False Claim Acts

Aktualisiert im Mai 2021

- Jährliche Überprüfung der staatlichen False Claim Acts

Aktualisiert im November 2021

- Aktualisierte Bezugnahme auf das Strafmaß des Federal Program Fraud Civil Remedies Act und Hinzufügung spezifischer Informationen in der Vergleichstabelle, die nur für New Jersey gelten

Staatliche False Claims

Acts:

Staat	Gesetz	Qui tam Provision	Als DRA-konform eingestuft	Wichtige Unterschiede zum Federal FCA
Alabama	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Alaska	Alas. Stat. § 09.58.010 <i>et seq.</i>	Ja	k. A.	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 09.58.010(b)] • Mindest- und Höchstzivilsanktionen von 5.500 USD bzw. 11.000 USD, sind nicht „pro Anspruch“ qualifiziert [§ 09.58.010(c)(1)]
Arizona	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Arkansas	Ark. Code Ann. § 20-77-911 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	• Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung
Kalifornien	Cal. Gov't Code § 12650 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 12651(a)(8)] • Bietet rückwirkende Anwendung [§ 12654(b)]
Colorado	Colo. Rev. Stat. Ann. § 25.5-4-304 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Connecticut	Conn. Gen. Stat. Ann. § 17B-301 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Delaware	Del. Code tit. 6, § 1201 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Distrikt Columbia	<i>D.C. Code § 2-308.13 et seq.</i>	Ja	Nein	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZAHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDESSTAATLICHEN UND STAATLICHEN GESETZE

Staat	Gesetz	Qui tam Provision	Als DRA-konform eingestuft	Wichtige Unterschiede zum Federal FCA
Florida	Fla. Stat. § 68.081 <i>et seq.</i>	Ja	Nein	Die Regelungen mit Sprachunterschieden, die für DRA-Konformität relevant sind und vom OIG identifiziert wurden, umfassen verbotene Handlungen, Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen, Blockierung öffentlicher Offenlegung und Beschränkung bezüglich öffentlicher Mitarbeiterklagen
Georgia	Ga. Code Ann. § 49-4-168 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Hawaii	Haw. Rev. Stat. § 661-21 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 661-21(a)(7)]
Idaho	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Illinois	740 Ill. Comp. Stat. § 175/1 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Indiana	Ind. Code. § 5-11-5.5 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Iowa	<i>Iowa Code § 685.1 et seq.</i>	Ja	Ja	
Kansas	Kan. Stat. Ann. § 75-7501 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung
Kentucky	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Louisiana	La. Rev. Stat. Ann. § 46:439.1 <i>et seq.</i>	Ja	Nein	Die Regelungen mit Sprachunterschieden, die für DRA-Konformität relevant sind und vom OIG identifiziert wurden, umfassen die Blockierung öffentlicher Offenlegung
Maine	Me. Rev. Stat. Ann. tit. 22, § 15 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung

Vertraulich. Nur zur internen

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZAHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDESSTAATLICHEN UND STAATLICHEN GESETZE

Maryland	Md. Code Ann., Health-Gen. § 2-601 <i>et seq.</i> (General)	Ja, aber nur für Klageeinreichung	Nein	• Bietet Klageabweisung, wenn der Staat ablehnt [§ 2-604(a)(7)] • Ermöglicht rückwirkende Anwendung [§ 2-609(b)]
-----------------	---	-----------------------------------	------	---

Staat	Gesetz	Qui tam Provision	Als DRA-konform eingestuft	Wichtige Unterschiede zum Federal FCA
Massachusetts	Mass. Gen. Laws Ch. 12 § 5 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 5B(10)]
Michigan	Mich. Comp. Laws § 400.601 <i>et seq.</i>	Ja	Nein	• Umfasst separate Regelungen bezüglich Kenntnis und widerlegbarer Vermutungen [§ 400.608] • Die Regelungen mit Sprachunterschieden, die für DRA-Konformität relevant sind und vom OIG identifiziert wurden, umfassen verbotene Handlungen, Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen und Blockierung öffentlicher Offenlegung
Minnesota	Minn. Stat. Ann § 15C.01 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Mississippi	Miss. Code Ann. § 43-13-203	Nein	Nein	• Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung
Missouri	Mo. Rev. Stat. § 191.900 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	• Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZAHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDESSTAATLICHEN UND STAATLICHEN GESETZE

Montana	Mont. Code Ann. § 17-8-401 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 17-8-403(1)(h)] • Bietet Darstellung von Beweisen durch Informant bei Anhörung, bevor der Fall abgewiesen wird [§ 17-8-407]
Nebraska	Neb. Rev. St. § 68-934 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	• Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung

Staat	Gesetz	<i>Qui tam</i> Provision	Als DRA-konform eingestuft	Wichtige Unterschiede zum Federal FCA
Nevada	Nev. Rev. St. 357.010 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 357.040(h)]
New Hampshire	N.H. Rev. Stat. § 167:61-a <i>et seq.</i>	Ja	Nein	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 167:61-b(f)]
New Jersey *	N.J. Stat. Ann. § 2A:32C-1 <i>et seq.</i>	Ja	Nein	• Die Regelungen mit Sprachunterschieden, die für DRA-Konformität relevant sind und vom OIG identifiziert wurden, umfassen verbotene Handlungen, Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen und Blockierung öffentlicher Offenlegung
New Mexico	N.M. Stat. Ann. § 44-9-1 <i>et seq.</i> (General)	Ja	Nein	• Ermöglicht rückwirkende Anwendung [§ 44-9- 12(A)] • Umfasst nicht „Originalquelle“-Ausnahme für die Blockierung öffentlicher Offenlegung • Umfasst keine Verjährungsfrist

Vertraulich. Nur zur internen

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZAHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDESSTAATLICHEN UND STAATLICHEN GESETZE

	N.M. Stat. Ann § 27-14-1 <i>et seq.</i> (Medicaid)	Ja	Nein	- Regelt, dass nur „betroffene“ Personen private Zivilklagen im Rahmen des Gesetzes einreichen können [§ 27-14-7] - Umfasst kürzere Verjährungsfrist (4 Jahre) [§ 27-14-13]
New York	N.Y. State Fin. Law § 187 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
North Carolina	N.C. Gen. Stat. § 1-605 <i>ff.</i>	Ja	Ja	Bietet rückwirkende Anwendung [2009 N.C. Sess. Laws 554, § 4]
North Dakota	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Ohio	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Oklahoma	Okla. Stat. tit. 63, § 5053.1 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	

Staat	Gesetz	<i>Qui tam</i> Provision	Als DRA-konform eingestuft	Wichtige Unterschiede zum Federal FCA
Oregon	Or. Rev. Stat. § 180.750 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung
Pennsylvania	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Rhode Island	<i>R.I. Gen. Laws § 9-1.1-1 et seq.</i>	Ja	Ja	
South Carolina	S.C. Code Ann. § 43-7-60 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung
South Dakota	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZAHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDESSTAATLICHEN UND STAATLICHEN GESETZE

Tennessee	Tenn. Code Ann. § 4-18-101 <i>et seq.</i> (General)	Ja	Nein	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 4-18-103 (a)(8)] • Umfasst größere Höchstbelohnung für Informanten [§ 4-18-104(g)]
	Tenn. Code Ann. § 71-5-181 <i>et seq.</i> (Medicaid)	Ja	Ja	• Umfasst höhere Zivilstrafen [§ 71-5-182(a)(1)]
Texas	Tex. Hum. Res. Code Ann. § 36.001 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	• Umfasst höhere Zivilstrafe für die Schädigung von älteren Personen, behinderten Personen und Minderjährigen [§ 36.052(a)(3)]
Utah	Utah Code Ann. § 26-20-1 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	• Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung
Vermont	Vt. Stat. Ann. tit. 32, §§ 630- 642	Ja	Ja	• Umfasst Haftung für unabsichtlich formulierte falsche Forderungen [§ 631(a)(11)]
Virginia	Va. Code Ann. § 8.01-216.1 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	
Washington	2012 Wash. Sess. Laws, 241 § 201 <i>et seq.</i>	Ja	Ja	• Umfasst längere Verjährungsfrist [§ 210(2)]
West Virginia	Keine FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	

Staat	Gesetz	<i>Qui tam</i> Provision	Als DRA-konform eingestuft	Wichtige Unterschiede zum Federal FCA
Wisconsin	Im Jahr 2015 aufgehoben, keine aktuelle FCA-Entsprechung	k. A.	k. A.	
Wyoming	Wyo. Stat. Ann. §§ 42-4-301 <i>et seq.</i>	Nein	Nein	• Enthält keine <i>Qui-Tam</i>-Regelung

BPM-04 COMPLIANCE ACTS MIT FALSE CLAIM ACTS (GESETZTE ÜBER BETRÜGERISCHE ZAHLUNGSANFORDERUNG) IM RAHMEN DER BUNDESSTAATLICHEN UND STAATLICHEN GESETZE

****New Jersey: Die folgenden zusätzlichen Informationen zu Krankenversicherungsabrechnungen, zum Schutz der Arbeitnehmer, zu zivilrechtlichen Sanktionen und zur Betrugsbekämpfung gelten nur für den Bundesstaat New Jersey:***

New Jersey Medical Assistance and Health Services Act - Strafrechtliche/zivilrechtliche Sanktionen, N.J.S. 30:4D-17(a) - (d); .J.S. 30:4D-7.h.; N.J.S. 30:4D-17(e) - (i); N.J.S. 30:4D-17.1.a, einschließlich möglicher Ausschluss aus dem Programm

New Jersey Health Care Claims Fraud Act, N.J.S.A. 2C:21-4.2 und 4.3; N.J.S. 2C:51-5, einschließlich potenzieller Verlust der Approbation als Arzt

New Jersey Conscientious Employee Protection Act, N.J.S.A 34:19-1 et seq., einschließlich Schutz von Mitarbeitern, die Missstände melden

New Jersey Insurance Fraud Prevention Act, N.J.S.A 17:33A-1 et seq.

NJ Medicaid Fraud Division Hotline: 888-937-2835/ <https://www.nj.gov/oag/medicaidfraud/report.html>

NJ Insurance Fraud Prosecutor Hotline: 877-55-FRAUD/ <https://www.njoag.gov/report-fraud/> als alternative Methoden zur Betrugsmeldung.